

NIEDERSCHRIFT
über die Sitzung
des Ausschusses für Planung und Umweltschutz

am Donnerstag, 18.09.2014 um 18:00 Uhr

Rathaus Everswinkel, Raum 7

Am Magnusplatz 30, 48351 Everswinkel

zu der ordnungsmäßig eingeladen wurde

Anwesend:

Vorsitzender

Boekhoff, Jan

Ratsmitglieder

Brockmann, Dagmar

Folker, Dirk

Friedrich, Peter

Gerwing, Karl-Heinz

Hamann, Wilfried Dr.

Schmidt, Marc

(in Vertretung für RM Wesbuer)

Seidel, Sebastian

Stelthove, Karl

Thiemann, Lars

Wellermann, Susanne

Beratend gem. § 58 Abs. 1 S. 11 GO NRW

Bücker, Norbert

Von der Verwaltung

Banken, Ludger (Bürgermeister)

Franken, Lisa (MA (Arch.))

(zugleich als Schriftführerin)

Reher, Norbert (Gemeindeoberamtsrat)

Stohldreier, Thomas (Verwaltungsbetriebswirt (VWA))

Wilmer-Gruchmann, Sylke (Dipl.-Ing. Architektin)

Wohlgethan, Bernd (Dipl.-Ing. (FH))

(bis einschl. TOP 2 ö. T.)

Entschuldigt fehlte:

Ratsmitglied Wesbuer

Gäste

Neidhardt, Hellmut	(Landschaft planen + bauen zu TOP 2 ö. T.)
Himmelmann, Hermann	(Planungsbüro Gnegel GmbH zu TOP 2 ö. T.)
Sickmann, Heribert	(Architekturbüro Sickmann zu TOP 3 ö. T.)
Knossalla, Ulrich	(Planungsbüro Knossalla zu TOP 3 ö. T.)
Niederwemmer, Nora	(Planungsbüro nts zu TOP 4, 5 ö. T.)
Dinter, Maren	(Planungsbüro Tischmann Schrooten zu TOP 6 - 8 ö.T.)

ÖFFENTLICHE SITZUNG:

Beginn	18:00 Uhr
Ende	22:01 Uhr

NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG:

Beginn	20:01 Uhr
Ende	22:45 Uhr

TAGESORDNUNG

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

		Nr. der Vorlage
	Änderung der Tagesordnung	–
1.	Bestellung einer Schriftführerin sowie der Stellvertretungen	092/2014
2.	Parkraumkonzept für den Magnusplatz	073/2014
3.	Erweiterung der St. Agatha Schule in Alverskirchen - Vorstellung der Entwürfe	079/2014
4.	33. Änderung des Flächennutzungsplanes: Erweiterung Baugebiet Möllenkamp III - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -	089/2014
5.	Bebauungsplan Nr. 55 "Möllenkamp III" - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -	090/2014
6.	Bebauungsplan Nr. 56 "Königskamp II" - Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -	069/2014
7.	34. Änderung des Flächennutzungsplans - Baugebiet Königskamp	070/2014
8.	19. Änderung des Bebauungsplanes Nr.18 "Alverskirchen Mitte- Süd" im Verfahren gem. § 13 a BauGB der Innenentwicklung - Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung-	066/2014
9.	20. Änderung Bebauungsplan Nr. 18 "Alverskirchen Mitte - Süd": Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche Grundschule	065/2014
10.	Abschlussbericht der Verkehrswerkstatt	088/2014
11.	3. Änderung Bebauungsplan Nr. 38 "Nördlich Pattkamp": Erweiterung der Mischgebietsfläche im Bereich Bahnhofstr. 32 (Autohaus)	091/2014
12.	Bericht des Bürgermeisters	–
12.1	Stellungnahme zu dem Thema „Fracking“	–
12.2	Fortschreibung Regionalplan – „Teilabschnitt Energie“	–

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

		Nr. der Vorlage
1.	Bericht des Bürgermeisters	–
1.1	Intensivtierhaltung	–
1.2	Glascontainer „Am Haus Langen“	–
1.3	Grundschule Alverskirchen	–

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende Boekhoff die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Planung und Umweltschutz fest.

Änderung der Tagesordnung:

Ratsmitglied Gerwing stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 11 ö. T. (Gebäude Hauptstraße 12) von der Tagesordnung zu nehmen, da die CDU-Fraktion hier noch Beratungs- und Gesprächsbedarf habe.

Nach kurzer Beratung fasst der Ausschuss für Planung und Umweltschutz daher folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt, den TOP 11 ö. T. von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Bürgermeister Banken stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 8 ö. T. (Erweiterung St.-Agatha-Schule) in der Tagesordnung nach dem Parkraumkonzept zu behandeln, sofern beide Entwurfsverfasser dann anwesend sind.

Nach kurzer Beratung fasst der Ausschuss für Planung und Umweltschutz daher folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt, in der Tagesordnung im öffentlichen Teil den TOP 8 als TOP 3 zu behandeln, sofern die Entwurfsverfasser dann anwesend sind.

Abstimmung: einstimmig

(Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte ändert sich dementsprechend.)

1. Bestellung einer Schriftführerin sowie der Stellvertretungen
Vorlage: 092/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt:

1. Frau Lisa Franken wird zur Schriftführerin bestellt.
2. Herr Ingo Wißmann wird zum 1. stellvertretenden Schriftführer bestellt.
3. Herr Bernd Schumacher wird zum 2. stellvertretenden Schriftführer bestellt.

Abstimmung: einstimmig

2. Parkraumkonzept für den Magnusplatz
Vorlage: 073/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 73/2014 verwiesen, die Gemeindeoberamtsrat Reher erläutert.

Bürgermeister Banken weist darauf hin, dass zunächst die Entscheidung zu treffen sei, ob und wie die vorhandenen Parkplätze im Ortskern zu erhalten seien.

Herr Himmelmann (Ingenieurbüro Gnegel) und Herr Neidhardt (Landschaft planen+bauen) erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation den derzeitigen Sachstand sowie die ersten Varianten eingehend und umfassend.

Ratsmitglied Folker fragt, ob bereits eine Kostenaufstellung für die präsentierten Varianten erstellt worden sei. Herr Neidhardt erklärt, dass es zunächst um die Findung einer Variante gehe, bevor die Kosten ermittelt werden könnten. Grob geschätzt würden die Kosten für die Errichtung der Rampe und Neugestaltung des Parkplatzes „Brunnenstraße“ bei ca. 300.000 € und für die Neugestaltung der Parkplätze „Am Magnusplatz“ bei einem Komplettumbau ca. 450.000 € liegen. Bei der Neugestaltung der Parkplätze „Am Magnusplatz“ seien auch die Bepflanzungen, Beleuchtungen, Untergrund, etc. in den Kosten miteinbegriffen. Herr Himmelmann erläutert, dass die kleinteilige Pflasterung im Bereich „Am Magnusplatz“ für eine dauerhafte Befahrung nicht geeignet sei und erneuert werden müsste. Der Untergrund müsse zunächst untersucht werden, ob er als dauerbefahrbarer Untergrund geeignet sei und ggf. müsste auch dieser erneuert werden.

Ratsmitglied Friedrich erklärt, dass die FDP-Fraktion sich nicht vorstellen könne, auf die Parkplätze „Am Magnusplatz“ zu verzichten. Die Parkplätze sollten jedoch nur von den Kunden der Gewerbetreibenden zu nutzen sein. Die Errichtung einer Rampe sei hier aus gestalterischen Aspekten und finanziellen Gründen nicht in die Detailplanung miteinzubeziehen.

Ratsmitglied Stelthove weist daraufhin, dass die Attraktivität des Ortskerns durch die Beseitigung der Grünflächen im Bereich der Neugestaltung gemindert werden würde. Es sei zunächst der tatsächliche Bedarf an zusätzlichen Stellplätzen der Gewerbetreibenden zu ermitteln. Eine Optimierung der Stellplätze auf dem Parkplatz „Brunnenstraße“ könnte somit vielleicht ausreichend sein. Die Parkplätze „Am Magnusplatz“ sollten lediglich als Behindertenparkplätze und

Fahrradstellplätze ausgewiesen werden.

Ratsmitglied Dr. Hamann erklärt, dass zunächst der tatsächliche Bedarf an zusätzlichen Stellplätzen der Gewerbetreibenden zu ermitteln sei. Zu beachten seien jedoch auch die Anmerkungen der Anwohner „Am Magnusplatz“, da diese sich bereits über eine erhöhte Immissionsbeeinträchtigung durch die provisorischen Parkplätze beschwerten. Die Parkplätze „Am Magnusplatz“ seien zu erhalten und als feste Parkplätze einzurichten, jedoch nicht um ein Vielfaches zu erweitern. Außerdem sei es sinnvoll, eine Parkdauer mit entsprechenden Kontrollen durch die Verwaltung einzuführen. Eine weitere Immissionsmaßnahme sei die Wiedererrichtung der Poller-Anlage zum Magnusplatz und die Errichtung einer Schrankenanlage o. ä. zur Schließung der Parkmöglichkeiten nach den Geschäftszeiten der Gewerbetreibenden „Am Magnusplatz“. Somit könne eine Optimierung der Stellplätze auf dem Parkplatz „Brunnenstraße“ vielleicht ausreichend sein.

Herr Himmelmann erklärt, dass evtl. auch nur ein Teil des Parkplatzes „Brunnenstraße“ umzuplanen sei, um eine Optimierung der Stellplätze zu erlangen.

Ratsmitglied Folker erklärt, dass die Parkplätze „Am Magnusplatz“ erhalten werden müssten, da die Firma Rossmann zusätzliche Parkmöglichkeiten dringend benötige. Durch die Errichtung einer Poller- und Schrankenanlage könne einer Immissionsbeeinträchtigung in der Nacht vorgebeugt werden.

Ratsmitglied Stelthove erläutert die „Anregungen zum Parkraumkonzept“ der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN gem. Anlage 7 zur Vorlage 73/2014 eingehend und umfassend.

Bürgermeister Banken zieht ein Résumé der vorangegangenen Beratung. Der Untergrund müsse zunächst untersucht werden, ob er als dauerbefahrbarer Untergrund geeignet sei und ggf. müsse dieser erneuert werden. Die demontierten Poller seien wieder zu errichten, die Umsetzung einer Schrankenanlage im Einfahrtbereich der Straße „Am Magnusplatz“ sei hinsichtlich der Kosten, Umsetzung, Kontrolle, Uhrzeiten, etc. zu prüfen. Der Bedarf an zusätzlichen Parkplätzen sei mit den Anliegern und den Gewerbetreibenden abgestimmt worden. Die momentan provisorisch eingerichteten Parkplätze „Am Magnusplatz“ (insgesamt 8-12 St.) seien fest zu installieren. Eine Rampe als Verbindung und Durchfahrtmöglichkeit von der Straße „Am Magnusplatz“ zum Parkplatz „Brunnenstraße“ sei aus gestalterischen Aspekten und finanziellen Gründen nicht in die Detailplanung miteinzubeziehen. Der Parkplatz „Brunnenstraße“ (in Teilbereichen) und die Rampenlage zwischen Rossmann und Physiotherapiepraxis seien zu optimieren, jedoch nicht komplett neu zu gestalten.

Nach kurzer Diskussion über das Résumé fasst der Ausschuss für Planung und Umweltschutz folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt, dass folgende Aspekte bei der Detailplanung des Parkraumkonzeptes für den Magnusplatz zu berücksichtigen sind:

- Der Untergrund ist zunächst zu untersuchen, ob er als dauerbefahrbarer Untergrund geeignet ist.
- Die demontierten Poller sind an geeigneter Stelle aufzustellen, so dass der Magnusplatz vor dem Rathaus nicht befahrbar ist.
- Die Umsetzung einer Schrankenanlage im Einfahrtbereich der Straße „Am

Magnusplatz“ ist hinsichtlich der Kosten, Umsetzung, Kontrolle, Uhrzeiten, etc. zu prüfen.

- Die momentan provisorisch eingerichteten Parkplätze „Am Magnusplatz“ (insgesamt 8-12 St.) sind zu optimieren und dauerhaft anzulegen.
- Eine Rampe als Verbindung und Durchfahrtmöglichkeit von der Straße „Am Magnusplatz“ zum Parkplatz „Brunnenstraße“ ist nicht in die Detailplanung miteinzubeziehen.
- Der Parkplatz „Brunnenstraße“ (in Teilbereichen) und die Rampenlage zwischen Rossmann und Physiotherapiepraxis sind zu optimieren, jedoch nicht komplett neu zu gestalten.

Auf Grundlage der Detailplanungen sind die Kosten zu ermitteln. Die Detailplanung und die Kosten sind in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Planung und Umweltschutz vorzustellen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

3. Erweiterung der St. Agatha Schule in Alverskirchen - Vorstellung der Entwürfe Vorlage: 079/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage verwiesen.

Da beide Entwurfsverfasser nun anwesend sind, wird die Beratung dieses Tagespunktes hier vorgezogen.

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 79/2014 verwiesen, die Bürgermeister Banken erläutert.

Bürgermeister Banken fragt, welcher Entwurf in den Fraktionen bisher als Favorit angesehen werde.

Ratsmitglied Folker erklärt, dass beide Entwürfe die Vorgaben des Raumkonzeptes erfüllen würden. Der Entwurf des Architekturbüros Knossalla sei kompakter und kostengünstiger, jedoch liege hier der Nachteil in der Farbwahl der Fassade und der Erschließung im Baukörper. Der Entwurf des Architekturbüros Sickmann füge sich von der äußeren Gestalt hingegen perfekt in das Umfeld der Grundschule ein. Problematisch könnten jedoch die verschiedenen Dachformen und Anschlüsse werden, ebenso auch, dass der Baukörper zu nah an die bestehenden Kastanienbäume geplant sei. Auf Grund der verschiedenen Problematiken könne man sich zu diesem Zeitpunkt noch für keinen Entwurf entscheiden.

Ratsmitglied Brockmann sei bzgl. der Entwürfe im Wesentlichen der gleichen Ansicht wie Ratsmitglied Folker. Die Farbwahl der Fassade des Entwurfs von Herrn Knossalla sei gut. Da es aber noch verschiedene klärungsbedürftige Details gebe, könne man sich noch nicht abschließend entscheiden.

Ratsmitglied Dr. Hamann erklärt, dass jeder Entwurf seine Vor- und Nachteile aufweisen würde und es bei beiden Varianten noch Nachbesserungsbedarf gebe. Er hinterfragt die Anordnung der Räume im Anbau. Es sei kostengünstiger, wenn im Anbau lediglich der Mehrzweckraum angeordnet sei und die Mensa wie im Bestand bleiben würde. Für eine Entscheidung müsse eine genaue Kostenaufstellung der beiden Entwürfe vorliegen, vorher könne die SPD-Fraktion keine Entscheidung treffen.

Ratsmitglied Stelthove erklärt, dass er auf Grundlage der bisherigen Entwürfe ebenfalls noch keine Entscheidung abgeben könne.

Architektin Wilmer-Gruchmann präsentiert die bereits überarbeiteten Entwürfe der Architekten Knossalla und Sickmann. Herr Knossalla habe in seinem Entwurf eine separate Erschließung des Anbaus durch einen überdachten Eingang ermöglicht, die Entwässerung erfolge über einen eigenen Anschluss und die Fassade würde alternativ mit roten und beige Klinkersteinen ausgeführt werden können. Herr Sickmann habe den Besprechungsraum östlich an den Neubau angeordnet, wodurch der Anbau von den Kastanienbäumen weiter versetzt stehen könne.

Nach kurzer Diskussion ist es den Fraktionen noch nicht möglich, bereits einen Beschluss zu fassen.

Bürgermeister Banken kündigt an, eine Sondersitzung zu terminieren.

**4. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes: Erweiterung Baugebiet Möllenkamp III
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -
Vorlage: 089/2014**

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 89/2014 verwiesen, die Frau Niederwemmer anhand einer Power-Point-Präsentation eingehend und umfassend erklärt.

Ratsmitglied Stelthove erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die Baufläche als zu groß sehe, da momentan ein solcher Bedarf an neuen Baugrundstücken nicht bestehen würde.

1. Kenntnisnahme:

Die eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme des Kreises Warendorf vom 21.08.2014:

Die Anregungen können nachvollzogen werden und fließen auf Ebene der Bebauungsplanung in die Planung ein.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

3. Beschluss:

Im Verfahren zur 33. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

5. Bebauungsplan Nr. 55 "Möllenkamp III"
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -
Vorlage: 090/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 90/2014 verwiesen, die Gemeindeoberamtsrat Reher erläutert und Frau Niederwemmer anhand einer Power-Point-Präsentation eingehend und umfassend erklärt.

Ratsmitglied Dr. Hamann spricht sich dafür aus, die Anbindung an die Hoetmarer Straße zur Erschließung des ersten Bauabschnittes möglichst schnell zu bauen.

Bürgermeister Banken erläutert, dass dies vorgesehen sei, aber erst nach Rechtskraft des Bebauungsplanes geplant, ausgeschrieben und gebaut werden könne.

Ratsmitglied Stelthove erklärt, dass der erste Bauabschnitt erforderlich sei, es jedoch für den zweiten und dritten Bauabschnitt nicht ausreichend Bedarf gebe und es durch die weiteren Bauabschnitte zu einem erheblichen Verkehrsaufkommen auf der Straße „Am Haus Langen“ führen würde.

Vorsitzender Boekhoff weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits viele Nachfragen bzgl. eines Neubaugrundstücks habe und man kein weiteres Baugebiet in Everswinkel habe.

Ratsmitglieder Friedrich und Folker betonen, dass ein Neubaugebiet an einer anderen Stelle von der Verkehrslage vielleicht besser liegen könne, man jedoch keine Alternative habe.

Ratsmitglied Folker regt an, die textlichen Festsetzungen bzgl. der Dachflächengestaltung zu ergänzen. Es sollten auch schwarze- / anthrazitfarbene Dacheindeckungen zulässig sein.

1. Kenntnisnahme:

Die eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme des Kreises Warendorf gemäß lfd. Nr. 1 der Abwägungstabelle (Anlage 4 zur Vorlage).

Abstimmung: einstimmig

3. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme der Deutschen Telekom gemäß lfd. Nr. 2 der Abwägungstabelle (Anlage 4 zur Vorlage).

Abstimmung: einstimmig

4. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg / Kampfmittelbeseitigungsdienst gemäß lfd. Nr. 3 der Abwägungstabelle (Anlage 4 zur Vorlage).

Abstimmung: einstimmig

5. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme der Anlieger Kolpingstraße 48 gemäß lfd. Nr. 4 der Abwägungstabelle (Anlage 4 zur Vorlage).

Abstimmung: einstimmig

6. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zur Stellungnahme des „Interessierten“, derzeit wohnhaft Warendorf, gemäß lfd. Nr. 5 der Abwägungstabelle (Anlage 4 zur Vorlage).

Abstimmung: einstimmig

7. Beschluss:

Die textlichen Festsetzungen sind unter dem Punkt 6.1 Dachflächengestalt wie folgt zu ergänzen:

„Innerhalb des WA sind als Dacheindeckung nur Ziegel oder Betondachsteine in der Farbe rot, rotbraun, **schwarz oder anthrazit** zulässig.“

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

8. Beschluss:

Im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 55 „Möllenkamp III“ ist die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

**6. Bebauungsplan Nr. 56 "Königskamp II"
- Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der frühzeitigen
Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung -
Vorlage: 069/2014**

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 69/2014 verwiesen, die Frau Dinter (Planungsbüro Tischmann / Schrooten) anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert.

Ratsmitglied Stelthove erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die Möglichkeit für die Realisierung eines „abgespeckten“ Baugebietes in Alverskirchen sehe und somit dem neuen Bebauungsplan und Flächennutzungsplan zustimmen würde.

Ratsmitglied Dr. Hamann erklärt, dass die SPD-Fraktion bereit sei, den hier verkleinerten Planbereich mitzutragen.

Ratsmitglied Dr. Hamann hinterfragt die Aussage zum Bevölkerungswachstum in der Abwägungstabelle, die sich seiner Meinung nach so nicht aus dem Gutachten herleiten ließe. Die Verwaltung sagt zu, dies nochmals in Abstimmung mit dem Gutachter zu überprüfen und zur Offenlegung zu überarbeiten. Ebenso werde die von Herrn Dr. Hamann angesprochene „Spitze“ gegenüber dem Einwender auf S. 31 Mitte des Abwägungsvorschlags herausgenommen.

1. Kenntnisnahme:

Die eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Zu den Einwendungen des Anliegers Wiemstraße 32 a wird gemäß dem Beschlussvorschlag in Anlage 1 zur Vorlage (jedoch mit Überarbeitung der Formulierung zum Bevölkerungswachstum und der „Spitze“ gegen den Einwender) Stellung genommen.

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

3. Beschluss:

Zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wird gemäß den Beschlussvorschlägen in Anlage 1 zur Vorlage Stellung genommen.

Abstimmung: einstimmig

4. Beschluss:

Im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplane Nr. 56 „Königskamp II“ ist die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

7. 34. Änderung des Flächennutzungsplans - Baugebiet Königskamp Vorlage: 070/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 70/2014 verwiesen.

1. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 5 BauGB ein Verfahren zur 34. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Darstellung einer Wohnbaufläche, Versorgungsfläche, Grünfläche und Fläche für die Landwirtschaft bei gleichzeitiger Rücknahme einer Teilwohnbaufläche aus der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, im Verfahren zur 34. Änderung des Flächennutzungsplanes das Verfahren der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

8. 19. Änderung des Bebauungsplanes Nr.18 "Alverskirchen Mitte-Süd" im Verfahren gem. § 13 a BauGB der Innenentwicklung -Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und Durchführung der öffentlichen Auslegung- Vorlage: 066/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 66/2014 verwiesen, die Frau Dinter anhand einer Power-Point-Präsentation erklärt.

1. Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz nimmt die eingegangenen Stellungnahmen zur Kenntnis.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz beschließt zu den eingegangenen Stellungen gemäß der Vorlage 66/2014 Stellung zu nehmen.

Abstimmung: einstimmig

3. Beschluss:

Im Verfahren der 19. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Alverskirchen Mitte-Süd“ ist die Offenlegung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Gegenstand der Offenlegung sind der Planentwurf gemäß Anlage 3 zur Vorlage und die Begründung gemäß Anlage 4 zur Vorlage.

Abstimmung: einstimmig

9. 20. Änderung Bebauungsplan Nr. 18 "Alverskirchen Mitte - Süd": Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche Grundschule Vorlage: 065/2014

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 65/2014 verwiesen, die Bürgermeister Banken erläutert.

1. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. § 1 Abs. 8 u. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13a BauGB, ein Verfahren zur 20. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Alverskirchen Mitte – Süd“ zur Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche Grundschule durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

Abstimmung: einstimmig

**10. Abschlussbericht der Verkehrswerkstatt
Vorlage: 088/2014**

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 88/2014 verwiesen, die Verwaltungsbetriebswirt Stohldreier erläutert und in diesem Zusammenhang auch den Geschäftsbericht der Verkehrswerkstatt an die Ausschussmitglieder verteilt.

Ratsmitglied Schmidt erklärt, dass er als Anwohner der „Nord-Süd-Achse“ in der Verkehrswerkstatt mitgewirkt habe, er daher die Arbeit der Verkehrswerkstatt sehr schätze und den Beschlussvorschlag, die Verkehrswerkstatt zu beenden, nicht mittragen könne.

Ratsmitglied Dr. Hamann erläutert, dass die Anwohner mit den Ergebnissen der Verkehrswerkstatt nicht zufrieden seien und es weiterhin Erörterungsbedarf in Bezug auf LKW-Verkehr und Lärm im Ortskern entlang der „Nord-Süd-Achse“, gebe. Daher könne er sich auch ein Treffen der Verkehrswerkstatt einmal pro Jahr vorstellen.

Verwaltungsbetriebswirt Sohdreier erklärt, dass die Verwaltung selbstverständlich die Problematik entlang der „Nord-Süd-Achse“ weiter „im Blick“ habe und wo immer möglich auch optimieren werde.

Ratsmitglied Stelthove betont, dass die Gründung einer Verkehrswerkstatt in der Vergangenheit eine Bereicherung sowohl für die Anwohner, Politik, als auch Verwaltung gewesen sei. Daher solle die Arbeit der Verkehrswerkstatt nicht für immer beendet sein, sondern es solle die Möglichkeit bestehen, je nach Bedarf ein Treffen der Verkehrswerkstatt einzuberufen.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss für Planung und Umweltschutz auf Vorschlag des Vorsitzenden Boekhoff folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz nimmt die Ausführungen zum Abschlussbericht der Verkehrswerkstatt zur Kenntnis und folgt der Empfehlung der Verkehrswerkstatt, diese zu schließen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

**11. 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 38 "Nördlich Pattkamp":
Erweiterung der Mischgebietsfläche im Bereich Bahnhofstr. 32 (Autohaus)
Vorlage: 091/2014**

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage 91/2014 verwiesen, die Gemeindeoberamtsrat Reher erläutert.

1. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. § 1 Abs. 8 u. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 a BauGB, ein Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Nördlich Pattkamp“ zur Erweiterung der Mischgebietsfläche an der Bahnhofstraße durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

Abstimmung: einstimmig

12. Bericht des Bürgermeisters

12.1 Stellungnahme zu dem Thema „Fracking“

Gemeindeoberamtsrat Reher berichtet, dass die Verwaltung gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg eine ablehnende Stellungnahme bzgl. der Erdgasförderung mittels Fracking abgegeben habe. Der Verlängerungsantrag der Exxon Mobil zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen sei nun aber bis zum 13.03.2017 für das Gebiet „Nordrhein-Westfalen Nord“ genehmigt worden.

12.2 Fortschreibung Regionalplan – Teilabschnitt Energie

Gemeindeoberamtsrat Reher berichtet, dass im Teilplan Energie des Regionalplans neue Windvorranggebiete dargestellt werden sollen. Der Planentwurf werde bis einschließlich 19.12.2014 beim Kreis Warendorf und der Bezirksregierung Münster ausliegen. Über die Homepage der Bezirksregierung sei der Entwurf ebenso einzusehen wie ein Ausdruck für den Bereich der Gemeinde Everswinkel im Bauamt der Gemeinde. In der Sitzung am 05.11.2014 werde der Teilplan Energie und die beabsichtigte Stellungnahme der Gemeinde Everswinkel von der Verwaltung vorgestellt. Jeder Bürger habe bis einschließlich dem 19.12.2014 die Möglichkeit, selbst zu dem Teilplan Energie gegenüber der Bezirksregierung Münster eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

